

Editorial:

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

das starke Ergebnis bei der Europawahl vor 5 Jahren haben wir tatsächlich noch einmal etwas steigern können. Das liegt nicht zuletzt daran, dass wir mit unserem Grünen New Deal langsam in der Öffentlichkeit durchdringen. Besonders erfreulich fand ich in diesem Zusammenhang die [Wahlempfehlung der Financial Times Deutschland](#) bei der Europawahl Grün zu wählen. Das ist eine gute Grundlage für den Bundestagswahlkampf, bei dem es für mich darauf ankommt, dass wir in Hessen über 12% kommen, denn nur dann bin ich wieder im nächsten Bundestag. Auf der Landesmitgliederversammlung Ende März in Butzbach bin ich mit großer Zustimmung von über 60% bei vier Gegenkandidaten auf Platz 6 der hessischen Landesliste gewählt worden. Auf Platz 4 bin ich knapp an Tom Koenigs gescheitert. Platz 6 ist nicht sicher, aber in Hessen möglich. Letztlich werden die hessischen Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob ich wieder in den Bundestag komme oder nicht. Dabei wird es auf jede Stimme ankommen.

Nicht zuletzt durch die Bundesdelegiertenkonferenz Anfang Mai in Berlin, bei der das Bundestagswahlprogramm und ein Wahlaufruf verabschiedet wurden, sind die Chancen dafür gestiegen. Noch vor ein paar Monaten haben wir darüber diskutiert, ob wir mit einer Wahlaussage in den Wahlkampf gehen, in der eine Ampel-Koalition als wahrscheinlichste Option genannt wird. Jetzt haben wir einen Wahlaufruf verabschiedet, in dem steht, dass wir auf Grüne Inhalte setzen und in Bezug auf Koalitionen nichts außer einer Jamaika-Koalition mit CDU und FDP ausschließen. Ich bin stolz zu diesem Ergebnis durch einen eigenen Antrag mit beigetragen zu haben (siehe unten). Mit den inhaltlichen Beschlüssen bin ich auch sehr zufrieden. Sowohl zur Rente (Garantierente und Bürgerversicherung) als auch zum Mindestlohn (ein gesetzlicher Mindestlohn statt branchen- und regionalspezifischen Mindestlöhne) finden sich jetzt Positionen im Wahlprogramm, zu denen ich selbst Anträge gestellt hatte. Darüber hinaus gab es eine ganze Reihe von guten Beschlüssen hin zu einer universellen, armutsfesten und individuellen soziale Sicherung, nicht zuletzt die Forderung einer bedingungslosen Kindergrundsicherung, zur Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Grundsicherung, ein Sanktionsmoratorium und vieles mehr (siehe unten).

Darüber hinaus geht die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise weiter, die Arbeitslosigkeit steigt langsam an, spätestens im Winter werden wir wieder die 5-Millionen-Grenze erreichen. Steigende Armut und zunehmende Ungleichheit wird die Folge sein. Auch deswegen ist es gut, dass wir auch in den sozialpolitischen Fragen mit unseren Forderungen im Wahlprogramm gut aufgestellt sind.

Auf meiner Homepage <http://www.strengmann-kuhn.de> findet Ihr ständig aktualisierte Nachrichten und Termine sowie die Kontaktdaten, falls Ihr Fragen habt.

Schöne Grüße,
Euer Wolfgang

Inhaltsverzeichnis:

1. Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik
 2. Sozialpolitik
 3. Sonstiges
 4. kommende Termine
-

1. Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik

Grüne Industriepolitik

Im März haben Kerstin Andreae, Thea Dückert und ich (die Grünen Mitglieder im Wirtschaftsausschuss) ein [Positionspapier Grüne Industriepolitik](#) verfasst. Darin verdeutlichen wir, dass Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise als Chance zur nachhaltigen Modernisierung der Industrie nutzen muss. Nur wer Ökonomie und Ökologie zusammen denkt, geht gestärkt aus der Krise hervor. Jetzt ist der entscheidende Moment um die Weichen neu zu stellen. Die industrielle Produktion ist das Fundament unserer wirtschaftlichen Stärke und damit der Schlüssel für eine nachhaltige Neuausrichtung. Die gesamte Industrie vom kleinen Maschinenbaubetrieb bis zum Großunternehmen der Chemieindustrie muss jetzt ökologisch modernisiert werden. Wir wollen nicht ganze Industriezweige verlieren, sondern alle erneuern. Das ist grüne moderne Industriepolitik.

Mittlerweile gibt es auch einen [Fraktionsbeschluss](#) „Grüne Industriepolitik: Zukunftsfähig durch nachhaltige Modernisierung der Industrie“, in dem das Papier noch einmal etwas überarbeitet wurde. Zu diesem Fraktionsbeschluss haben wir Grünen Wirtschaftsausschussmitglieder einen Grünen Lunch durchgeführt, zu dem wir VertreterInnen des Verbandes der chemischen Industrie (VCI), des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA), von Gesamtmetall, der Gewerkschaften IG Metall und IG BCE sowie des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eingeladen haben. Dort wurde der Fraktionsbeschluss in entspannter und offener Atmosphäre diskutiert. Durchweg begrüßt wurde von allen Verbandsvertretern die allgemeine Stoßrichtung des Papiers. Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf gibt es in allen Industrien. Eine Unterteilung in „gute“ und „böse“ Industrien ist nicht sinnvoll; Material- und Energieeffizienz sind für jeden Produktionsbereich Bedingung für ein erfolgreiches Wirtschaften in der Zukunft. Auf ebenso große Zustimmung trafen die grünen Pläne für eine steuerliche Forschungsförderung, die in anderen Industrieländern gang und gäbe ist. Kritische Anmerkungen zu dieser Art der Forschungsförderung in Richtung möglicher Mitnahmeeffekte kamen dagegen von der Vertreterin des DIW.

Links:

- Positionspapier von Kerstin Andreae, Thea Dückert und mir:
http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/09-03-19_positionspapier_industriepolitik.pdf
- Fraktionsbeschluss:
http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/275986beschluss_industriepolitik.pdf
- Bericht zum Grünen Lunch zur Grünen Industriepolitik:
<http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/09-04-28-grunes-lunch-industriepolitik.pdf>

(19.3.2009): Bericht zur Green New Deal Tour Hessen: Die Wirtschaft der Zukunft ist Grün!

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt haben wir den Grünen New Deal als unsere Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossen. Zentraler Gedanke dabei ist, dass wir die derzeitigen Krisen und Herausforderungen zusammen denken. Im Februar und März war ich 4 Wochen – nur unterbrochen von einer Sitzungswoche in Berlin - auf „Green New Deal Tour“ durch Hessen, um zu verdeutlichen, dass es schon jetzt Betriebe, Unternehmen und Projekte gibt, die nach unseren Vorstellungen wirtschaften und häufig wesentlich weniger von der Krise betroffen sind als andere. Es ging vor allem um „best practice“-Beispiele als Vorbilder für die Gesamtwirtschaft.

Bericht zur Green New Deal Tour:

<http://www.strengmann-kuhn.de/?p=1088>

(24.2.2009) UN-Wirtschaftsrat: Anfrage an die Bundesregierung

Die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, fordert die Einführung eines UN-Wirtschaftsrates und einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften. Das hört sich zunächst ganz gut an. Wir unterstützen auch eine Stärkung der UN. Doch was versteht die Bundeskanzlerin darunter? Welche Konzepte stehen dahinter? Dies haben wir die Bundesregierung bereits in einer kleinen Anfrage gefragt, die bisher aber noch immer nicht beantwortet wurde. Da alle Abgeordneten das Recht haben 4 Fragen pro Monat an die Bundesregierung zu richten, die von den Ministerien auch beantwortet werden müssen, haken wir weiter nach.

- Anfrage zum UN-Wirtschaftsrat:
http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/fragen_strengmann_feb.pdf
- Antwort:
<http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/16-11714.pdf>
- Teil I der Antworten:
<http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/20090226171121483.pdf>
- Teil II der Antworten:
http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/SF_2-237+238_MdB_Strengmann-Kuhn.pdf

(7.5.2009) Kleine Anfrage „Bestandsaufnahme deutscher Lizenz- und Exportpolitik im Klein- und Schusswaffenbereich“

Trotz einer als restriktiv bezeichneten Exportpolitik sind deutsche Handfeuerwaffen weltweit verbreitet und tauchen immer wieder in Konfliktherden, wie dem Sudan oder in Georgien auf. Über die Jahre und Jahrzehnte haben die beiden deutschen Staaten – nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland – in erheblichem Umfang zur Weiterverbreitung dieser Rüstungsgüter beigetragen. Zu Handfeuerwaffen zählen nicht nur die kleinen und leichten Waffen (Kleinwaffen), die in erster Linie für militärische Zwecke und Endnutzer hergestellt werden. Ein Großteil deutscher Rüstungsausfuhren besteht aus Schusswaffen wie Jagd- und Sportwaffen oder Revolvern und Pistolen, die im Empfängerland überwiegend in den Händen von Zivilisten landen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den führenden Produzenten und Exporteuren im Klein- und Schusswaffenbereich. In vergangenen Jahrzehnten praktizierte sie – z. B. hinsichtlich des Gewehrs G3 – eine großzügige Lizenzgenehmigungspolitik. In einigen Ländern, wie z. B. Pakistan, werden diese Waffen heute noch mit deutschem Know-how, auf Grund deutscher Lizenzermächtigungen oder mit Hilfe deutscher Herstellungsausrüstung und Zulieferungen hergestellt.

Hierzu haben Winfried Nachtweih und ich eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. BT-Drucksache 16/12644: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/126/1612644.pdf>

(24.3.2009) Pressemitteilung: G20 sind als Krisenmanager nicht ausreichend – globale Antwort notwendig

Zu dem Zwischenbericht der UN-Expertenkommission zur Reform des internationalen Geld- und Finanzsystems haben Thilo Hoppe und ich erklärt, dass wir die Forderung des Berichts nach einer globalen Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise begrüßen. Weder die G7, noch die G8 oder die G20 können sicherstellen, dass alle Teile der Welt angemessen an der Reformdebatte teilhaben können. Daher müssen die Vereinten Nationen an der Diskussion um Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise beteiligt werden und langfristig eine führende Rolle übernehmen.

Pressemitteilung: http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/pm_g20.pdf

(27.2.2009) Pressemitteilung: Wirtschaft und Commerzbank müssen Menschenrechte und Standards in Angola einhalten

Die Menschen in Angola brauchen Unterstützung. Knapp 35 Jahre nach der Unabhängigkeit ist Angola ein typisches Ölförderland, in dem der Reichtum an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei geht. Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt, die humanitäre Lage schlecht und die Mütter- und Kindersterblichkeit gehört zu den höchsten der Welt. Hinzu kommt, dass die Regierung unter Präsident dos Santos nichts tut, um die Vorwürfe von Wahlfälschung und -betrug bei den Parlamentswahlen 2008 aufzuklären. Die Presse- und Meinungsfreiheit werden nach wie vor eingeschränkt, die Verabschiedung eines neuen Pressegesetzes hängt seit 2006 in der Luft.

Die vollständige Pressemitteilung: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/pm-angola-wirtschaftsforum.pdf>

(25.2.2009) Protestaktion: Umweltprämie für Fahrräder und den ÖPNV!

Ich habe die Forderung des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) unterstützt, die Abwrackprämie auf Fahrräder und den öffentlichen Nahverkehr auszuweiten. Wenn die Bundesregierung Steuermilliarden ausgeben will, um die Wirtschaft anzukurbeln, dann muss sie dies auch für umweltfreundliche Verkehrsmittel tun.

Auf der Webseite des VCD kann eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro für den Neukauf eines Fahrrads bei Verschrottung Ihres mindestens neun Jahre alten Autos oder klapprigen Drahtesels beantragt werden. Für den übrigen Betrag werden Fahrausweise für den öffentlichen Verkehr beantragt. Die Aktion des VCD ist natürlich nur eine Protestaktion. Auf deren Webseite können vorformulierte Protestmails an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gerichtet werden.

Zur Protestseite des VCD: http://www.vcd.org/umweltpraemie_jetzt.html

(10.2.2009) Pressemitteilung zur Anhörung zum Konjunkturpaket II: Steuersenkungen reduzieren kommunale Investitionen

Zwar werden durch das Konjunkturpaket II die öffentlichen Investitionen gestärkt, dies aber in viel zu geringem Umfang. Laut einem Sachverständigen vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wird aber ein großer Teil der zusätzlichen Investitionsmittel durch die im Konjunkturpaket II geplanten Steuersenkungen aufgefressen, die zu niedrigeren Einnahmen der Kommunen führen. Der ohnehin schon geringe Anteil an Investitionen wird durch diese rechte Tasche, linke Tasche-Wirkung noch deutlich reduziert.

Vollständige PM: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/konjunkturpaket.pdf>

Reden im Bundestag

(13.5.2009) Rede zum Antrag der FDP: „Globalen Freihandel stärken – Protektionismus bekämpfen“

Rede im Volltext: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=1206>

(13.5.2009) Rede zum Gesetzentwurf nationale Akkreditierungsstelle

Vollständige Rede: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=1202>

(7.5.2009) Rede zum Antrag der FDP: „Kompetenzen des Bundeskartellamts weiterentwickeln“

Vollständige Rede: http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/752009-rede-zum-fdp-antrag_bundeskartell.pdf

(7.5.2009): Rede zu „De-minimis-Beihilfen mittelstandsfreundlicher ausgestalten“

Rede im Volltext: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/rede-zu-de-minimis-beihilfen-top-33.pdf>

(13.2.2009) Rede: Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes zurückziehen

Vollständige Rede: http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/rede_staatsfonds_wsk.pdf

2. Sozialpolitik

BDK I: Beschlüsse zur Sozialpolitik

Auf der BDK vom 8. — 10. Mai in Berlin haben die Grünen ihr Bundestagswahlprogramm beschlossen. In vielen sozialpolitischen Fragen haben wir dabei zentrale Weichenstellungen vorgenommen. Das Ziel einer universellen sozialen Sicherung, die alle Bürger und Bürgerinnen nach gleichen Regeln, zuverlässig und armutsfest absichert, hat an vielen Stellen im Wahlprogramm seinen Niederschlag gefunden. Wir haben uns darauf geeinigt, dass es bei der Grundsicherung keine Kürzungen unter den Bedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, geben darf. Wir treten für einen allgemeinen (und nicht für branchen- und regionenspezifischen) Mindestlohn ein. Wir fordern die Bürgerversicherung für die Krankenversicherung und perspektivisch auch für die Rentenversicherung. Konstruktiv war auch die Auseinandersetzung um Konzepte gegen Altersarmut. Mit dem Wahlprogramm haben wir Eckpunkte für eine Garantierente beschlossen. Mit der Garantierente wollen wir ein Mindestniveau in die gesetzliche Rente einziehen. Die Garantierente soll auch für die jetzigen RentnerInnen und für Teilzeitbeschäftigte und Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien gelten und sie soll für alle den Grundbedarf abdecken. Hervorzuheben ist auch der Beschluss für eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung, der deutlich macht, dass wir nicht einen Ausbau der Infrastruktur gegen eine verbesserte materielle Absicherung von Kindern ausspielen. Viele Beschlüsse greifen auch Elemente eines allgemeinen Grundeinkommens auf. Zu nennen sind die Beschlüsse zur Garantierente und zur bedingungslosen Kindergrundsicherung, aber auch z.B. zur Grundsicherung, zur Einführung eines abrufbaren und frei verfügbaren Zeitkontos in der Grundsicherung oder einem Grundeinkommenssockel bei der Studienfinanzierung. Letztlich wird dadurch ein Mindesteinkommen bzw. repressionsfreie Grundsicherung in allen Lebenslagen garantiert. Hinzu kommen soziale Rechte sowie eine angestrebte grundlegende Individualisierung sowohl der sozialen Sicherung als auch der Einkommensteuer.

Übersicht über Beschlüsse im Bundestagswahlprogramm zu einer universellen, armutsfesten und individuellen soziale Sicherung für alle Bürgerinnen und Bürger

http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/btw-programm_sociale_sicherung.pdf

Erklärung zur Rentendebatte:

http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/zur_rentendebatte.pdf

(29.4.2009) Diskussion zum Rentenmodell der katholischen Verbände mit WSK

Seine Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit ist per Gutachten bescheinigt. Doch trotz dieser grundsätzlich positiven Einschätzung: Eine Chance auf die baldige Umsetzung des von ihm mitbegründeten Rentenmodells sieht Dr. Hubert Wissing derzeit eher nicht. Auch wenn sich dies der eine oder andere Besucher im Bensheimer Kolpinghaus gewünscht hätte.

Quelle: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=1184>

(18.2.2009) Pressemitteilung: Die Petition zum Grundeinkommen ist ein voller Erfolg!

Zu der Petition zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens habe ich in der Funktion als Armutsforscher und Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/ Die Grünen erklärt, dass über das Grundeinkommen endlich auch im Bundestag debattiert werden muss. Mehr als 50.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterzeichneten die Online-Petition an den Deutschen Bundestag „Reformvorschläge in der Sozialversicherung – Bedingungsloses Grundeinkommen“. Das zeigt, wie breit die Unterstützung in der Bevölkerung für ein Grundeinkommen ist.

Mehr zur Pressemitteilung: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=666>

3. Sonstiges

BDK II: Debatte zum Wahlaufwurf

Neben dem Wahlprogramm ging es bei der BDK auch um die Verabschiedung einer Wahlaussage oder eines Wahlaufwurfs. Hintergrund war eine Debatte, die bei der Vorlage des Entwurfs des Wahlprogramms ausgelöst wurde. Zunächst war nämlich eine Wahlaussage angestrebt worden, in der eine Ampelkoalition mit SPD und FDP als wahrscheinlichste Option für eine grüne Regierungsbeteiligung genannt werden sollte. Eine Gruppe um Thilo Hoppe und Gerhard Schick, zu der ich auch gehörte, hat deshalb Anfang April einen Entwurf für einen Antrag für die BDK eingereicht, den wir mit „[Wahlaufwurf: Für einen solidarischen und ökologischen Weg aus der Krise](#)“ überschrieben haben. Hauptziel des Antrags war es, dass wir erstens von der Verengung auf die Option Ampel wegkommen und zweitens einen Fokus auf unsere Inhalte setzen. In dem Aufruf präferieren wir aus inhaltlichen Gründen eine rot-grün-rote Koalition, schreiben aber, dass bei Nicht-Zustandekommen dieser Option Gespräche mit allen anderen demokratischen Parteien über eine Regierungsbildung erfolgen sollen und wir nichts ausschließen. Etwa zwei Wochen später legte dann der Bundesvorstand einen eigenen Wahlaufwurf (keine Wahlaussage mehr) vor, in dem ebenfalls auf Grüne Inhalte gesetzt wird, wobei einige Formulierungen aus unserem Vorschlag übernommen wurden. Was die Koalitionsfrage angeht, wurde nur eine Jamaika-Koalition angesprochen, die aus inhaltlichen ausgeschlossen wird. Zu anderen Optionen wurde nichts gesagt. Da diese Nichtaussage zu anderen Optionen unterschiedlich interpretiert wurde, sahen wir uns genötigt, noch zwei Änderungsanträge zum Wahlaufwurf-Entwurf des Bundesvorstands zu stellen, damit auch wirklich klar ist, dass neben einer Jamaika-Koalition tatsächlich nichts mehr ausgeschlossen wird. Nach konstruktiven Gesprächen mit dem Bundesvorstand gab es noch ein paar kleinere textliche Änderungen, aber vor allem sollte in der Außendarstellung deutlich werden, dass wir gegen eine Ausschließeritis sind und auf Grüne Inhalte setzen - ein Ergebnis, das einige Monate vor der BDK noch nicht absehbar war. In einem [Bericht auf Spiegel-Online](#) zur BDK werde ich mit dem Satz zitiert, dass ich stolz darauf bin, zu diesem Ergebnis beigetragen zu haben.

(12.5.2009) “Reif für die Insel” - WSK mit der Grünen Jugend auf Fahrradtour

Am Sonntag, den 3. Mai, unternahm die Grüne Jugend Main-Taunus eine gemeinsame Fahrradtour. Abfahrt war am Hofheimer Bahnhof. Über die Rheingaustraße ging es in Marxheim zur „Blauen Truhe“, wo sich die Fahrradbegeisterten zu einer großen Gruppe von 22 Mitstreitern formte. Zusammen mit mir und der Landtagskandidatin Regina Vischer ging es über Flörsheim und Rüsselsheim durch teilweise naturbelassene Landschaften und in ruhiger Atmosphäre in Richtung Ziel.

Quelle: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=1233>

(26.3.2009): Tätigkeitsbericht “15 Monate im Bundestag”

Als ich im Januar letzten Jahres in den Bundestag nachgerückt bin, war das ein Sprung ins kalte Wasser – direkt von der Wissenschaft in die Politik. Bis Anfang Februar habe ich dann noch meine Vorlesung an der Uni Frankfurt über Soziale Sicherung gehalten. Es war aber nicht nur ein Sprung in kaltes, sondern auch in – schnell – fließendes Gewässer. Während in der Wissenschaft das sorgfältige Abwägen, das genaue Kalkulieren und die offene und auf die Erkenntnismehrung zielende Diskussion zählt, muss im Bundestag schnell auf aktuelle Geschehnisse reagiert werden. Außerdem gab es natürlich zu Beginn allerlei organisatorisches zu erledigen (MitarbeiterInnen einstellen, Büro einrichten, Zweitwohnung in Berlin suchen usw. usf.), für das im laufenden Betrieb eigentlich kaum Zeit ist.

Tätigkeitsbericht: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=1123>

(9.3.2009): Strengmann-Kuhn zum Direktkandidat im Wahlkreis 181 gewählt

In ihrer Mitgliederversammlung am 7. März 2009 haben die GRÜNEN im Wahlkreis 181 (Bad Soden am Taunus, Eppstein, Eschborn, Flörsheim am Main, Hattersheim am Main, Hochheim am Main, Hofheim am Taunus, Kelkheim (Taunus), Krieffel, Liederbach am Taunus, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) sowie Königstein im Taunus, Kronberg im Taunus und Steinbach im Taunus) mich mit 95,2 Prozent der Stimmen als Direktkandidat zur Wahl des 17. Deutschen Bundestages am 27.09.2009 aufgestellt.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=977>

4. kommende Termine

- **20.6. Bad Soden, 16 Uhr:** „Danke, Anna!“ - Sommerfest des KV Main-Taunus.
- **6.7. Eppstein, 19:30 Uhr, Wunderbar Weite Welt,** Mitgliederversammlung des OV Eppstein
- **8.7. Groß-Bieberau, 18 Uhr, Bürgerhaus,** politisches Gespräch mit Jugendlichen, u.a. mit Brigitte Zypries
- **9.7. Hofheim, 20 Uhr,** Mitgliederversammlung des OV Hofheim in der Turnhalle in Marxheim
- **27.8. Kelkheim, 19 Uhr,** Filmvorführung „Let's make money“ und anschließende Diskussion
- **29./30. 8. Frankfurt,** Teilnahme am Drachenbootrennen im Boot „Green Energy“ beim Museumsuferfest Frankfurt
- **1.9. Hochheim, 20 Uhr, kath. Vereinshaus,** Wilhelmstr. 4, Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl mit den Direktkandidaten des Wahlkreises 181 (Main-Taunus), Veranstalter: Kolpingfamilie Hochheim am Main
- **5.9. Frankfurt** Rotlintstraßenfest, Stadtteilstadtteilfest der Grünen Stadtteilgruppe Nordend
- **17.9. Hofheim,** Diskussion mit Klaus Traube zur Energiepolitik, OV Hofheim
- **27.9. Bundestagswahl**